



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

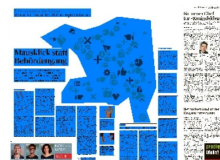
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'282
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.214
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 22
Fläche: 132'260 mm²

E-Government im Aargau Was uns in Zukunft viel Zeit ersparen könnte



Mausklick statt Behördengang



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'282
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.214
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 22
Fläche: 132'260 mm²

Einen Umzug melden oder eine Baubewilligung beantragen - was heute viel Geduld braucht, soll man im Aargau schon bald ganz bequem online erledigen können. Doch nicht alle Gemeinden sind von der elektronischen Zukunft begeistert

VON MANUEL BÜHLMANN

Wer umzieht, kennt das Prozedere: Anreisen, anstehen, abmelden am alten Wohnort. Anreisen, anstehen, anmelden am neuen Wohnort. Eine Geduldsprobe. Doch das könnte sich schon bald ändern: Künftig soll ein Umzug bequem online gemeldet werden - einmalig und per Mausclick. Die Einführung ist im Aargau für 2017 vorgesehen.

Das ist nur eines von vielen Projekten, die in naher Zukunft Realität werden sollen. E-Government ist der Schlüsselbegriff, der die Arbeit der Verwaltung und vor allem auch das Leben der Bürger vereinfachen soll. Die Idee dahinter ist simpel: Alles am Bildschirm erledigen, was am Bildschirm erledigt werden kann.

Marlies Pfister, Leiterin der kantonalen Fachstelle E-Government, vergleicht das Angebot mit einem Onlineshop. «Der Kunde kann rund um die Uhr bestellen, was er braucht.» Und auch Gérald Strub, Gemeindeammann in Boniswil und kommunaler E-Government-Beauftragter, zählt eine Reihe von Vorteilen auf: Die Dienste liessen sich bequem von überall her nutzen - im Büro wie im Zug. Zudem falle die zeitaufwendige Fahrt zur Verwaltung weg. Strub verspricht sich davon auch mehr Transparenz; über ein Kundenlogin liessen sich persönliche Bewegungen nachvollziehen. «Mein Wunsch wäre ein digitales Konto, wo alle angebotenen Leistungen aufgeführt werden.»

Anders gesagt: Was viele Unternehmen ihren Kunden bereits bieten, sollen die Verwaltungen vermehrt auch tun. «Wieso soll das Onlineangebot bei Behörden anders sein?», fragt Strub. Schliesslich seien wir alle Kunden des Staats - und mehrheitlich erfahren im Umgang mit dem Internet. «Bis 2020 sind über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Digital Natives. Das wird unsere Arbeitswelt verändern.» Und Marlies Pfister sagt: «Die Leute sind an digitale Medien gewöhnt, sie erwarten auch von der Verwaltung ein entsprechendes Angebot.» Bereits heute würden Papierformulare teilweise nur noch ungern akzeptiert.

Die Skepsis der Gemeinden

Profitieren würden von den elektronischen Dienstleistungen nicht nur die Kunden, ist Marlies Pfister überzeugt. «Der Nutzen ist auch für die Behörden sehr hoch.» Doch dort sind nicht alle gleichermaßen begeistert. Hanspeter Gehrig ist Gemeindeammann von Ammerswil und sagt: «Wir sind sehr zurückhaltend mit E-Government.» Die Kanzlei habe fünf Tage die Woche geöffnet. «Die Leute in den kleinen Gemeinden sind sich gewohnt, am Schalter vorbeizukommen. Sie schätzen den persönlichen Kontakt und den kompetenten Rat.» Hanspeter Gehrig, selbst in der Informatikbranche tätig, ist nicht grundsätzlich gegen elektronische Dienstleistungen. «Es gibt Projekte, an denen wir uns beteiligen müssen oder gar wollen. Uns ist aber ein Anliegen, dass nichts komplexer gemacht wird als nötig.» Er befürchtet für seine

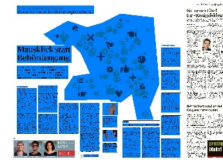
700-Einwohner-Gemeinde einen Zusatzaufwand statt eine Entlastung.

Gewisse Dienste, etwa das Online-Fundbüro, funktionieren auch ohne die Beteiligung aller Gemeinden. Andere - wie der E-Umzug - machen ohne flächendeckende Abdeckung kaum Sinn. Marlies Pfister sagt: «Wir streben eine gemeinsame Lösung im Aargau an.» Die Gemeinden zur Teilnahme zwingen will der Kanton aber nicht, auf ein Gesetz wurde bewusst verzichtet. Stattdessen gilt seit 2012 eine Rahmenvereinbarung, die das Vorgehen koordiniert. «Die Akzeptanz ist deutlich grösser, wenn alle vom Nutzen überzeugt

sind und nicht zur Umsetzung verpflichtet werden», sagt Pfister. «Wir versuchen, die Gemeinden für die Lösungen zu begeistern.»

Im Fall der Stadt Baden scheint dies nicht nötig zu sein - sie gilt E-Government gegenüber als positiv eingestellt. Stadtbüro-Leiterin Yvonne Haller sagt, Baden unterstütze den Einsatz von zeitgemässen Kommunikationstechnologien, um die Kunden optimal bedienen zu können. Das Onlineangebot werde nun schrittweise ausgebaut.

Doch bevor die Mehrheit der Dienstleistungen im Internet abgewickelt werden kann, gilt es eine grosse Hürde zu nehmen: Unter amtliche Dokumente gehört eine Unterschrift - und die hat online seine Tücken. Zwar besteht bereits eine juristisch gültige digitale Signatur, doch kaum jemand nutzt sie. Rund 80 Franken kostet der dazu nötige USB-Stick «SuisseID». Pfister räumt ein: «Das ist für



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
5001 Aarau
058/ 200 58 58
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'282
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.214
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 22
Fläche: 132'260 mm²

die meisten Leute zu teuer.» Einen Vorschlag zur Vereinfachung hat jüngst die Aargauer Regierung unterbreitet: Unterschriften sollen – bei elektronischen Baubewilligungen – auch dann gültig sein, wenn sie eingescannt sind.

Derweil läuft die Suche nach der Antwort auf eine weitere offene Frage: Was wollen die Einwohner im Netz erledigen? Eine Onlineumfrage soll klären, welche neuen Funktionen gewünscht sind. Schliesslich muss man nicht nur zur Verwaltung, wenn man umzieht.

Die Umfrage finden Sie auf www.aargauerzeitung.ch



«Die Akzeptanz ist deutlich grösser, wenn die Gemeinden nicht dazu verpflichtet werden.»

Marlies Pfister
Leiterin kantonale
Fachstelle E-Government



«Bis 2020 sind über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Digital Natives.»

Gérald Strub
Gemeindeammann und kommunaler E-Government-Beauftragter

E-Voting Wie das Projekt Schiffbruch erlitt

Die anstehenden Wahlen bringen eine Premiere mit sich: Erstmals dürfen in der Schweiz wohnhafte Stimmbürger elektronisch wählen. Allerdings profitiert von der Neuerung nur, wer in den Kantonen Genf und Neuenburg lebt. Die Aargauer Bevölkerung wird davon ausgeschlossen. Dem System, das der Aargau zusammen mit acht anderen Kantonen erarbeitet hat, verweigerte der Bundesrat die Bewilligung. Begründung: eine Lücke beim Schutz des Stimmgeheimnisses, die sich vor den Wahlen nicht mehr schliessen lasse.

Ein Entscheid mit Folgen: Die neun Kantone beenden ihre Zusammenarbeit und brechen das gemeinsame E-Voting-Projekt ab. Der negative Bescheid des Bundesrats habe das Vertrauen in das eigene System stark belastet, heisst es in einer Mit-

teilung. Die Kosten für die notwendigen Nachbesserungen werden darin als «erheblich» bezeichnet.

Marlies Pfister, Leiterin der kantonalen Fachstelle E-Government Aargau, spricht von einem «deutlichen Rückschlag». Die Entwicklung hin zum E-Voting lasse sich dadurch aber nicht aufhalten, sagt sie.

Das E-Voting-Projekt war auch im Aargau nicht unumstritten. Insbesondere der Entscheid des Grossen Rats vom letzten Jahr, einen Nachtragskredit von über 1,1 Millionen Franken zu sprechen, löste Kritik verschiedener Parteien aus. Zu den Kritikern zählte auch der grüne Grossrat Daniel Hölzle. Den «Schiffbruch» des Projekts kommentierte Hölzle auf Facebook: «Es war dann schon klar, dass dies höchstens noch aktive Sterbehilfe ist. Schade um das viele Geld.» (MBÜ)

BEISPIELE AUS DEM AARGAU

Umzugsmeldung

Künftig sollen Umzüge den Behörden über das Internet gemeldet werden können. Das Ziel: Ein Besuch sowohl bei der Wegzugs- als auch bei der Zuzugs-gemeinde, wie das heute noch erforderlich ist, soll den Leuten erspart werden. Die Einführung des schweizweiten Projekts ist im Aargau ab 2017 geplant. In einem weiteren Schritt soll zudem ermöglicht werden, auf Wunsch die Adressänderung auch direkt an private Unternehmen wie Banken oder Versicherungen melden zu lassen.

Baubewilligung

Eine Baubewilligung zu beantragen ist mit hohem administrativem Aufwand verbunden – für Antragsteller, Gemeinden, Kanton. Künftig soll ein Onlineformular allen Beteiligten das Verfahren erleichtern und Arbeit ersparen. Da bei Bewilligungen mehrere Stellen involviert sind, wird zurzeit oft eine Vielzahl physischer Kopien derselben Informationen bearbeitet. Das soll künftig verhindert werden. Seit 2014 wird in drei Pilotgemeinden eine Lösung entwickelt. Die Einführung ist dort per 2017 vorgesehen.

Fundservice

Wer Schlüssel, Handy oder Portemonnaie verliert, ist froh um Fundbüros. Doch ist nicht klar, wo genau der Ge-



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
 5001 Aarau
 058/ 200 58 58
 www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 78'282
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.214
 Abo-Nr.: 1095889
 Seite: 22
 Fläche: 132'260 mm²

genstand verloren ging, gestaltet sich die Suche schwierig. Die Plattform «easyfind» vereinfacht diese nun aber deutlich. Die Fundstücke sind in einer Trefferübersicht aufgelistet – zusammen mit Fund- und aktuellem Aufbewahrungsort. Acht Kantone beteiligen sich bereits am Onlineangebot, unter ihnen der Aargau, wo über 90 Prozent der Gemeinden angeschlossen sind.

Elektronische Identität

Künftig sollen wichtige Geschäfte mit den Behörden vermehrt online abgewickelt werden. Dazu wird allerdings ein Mittel benötigt, um die eigene Identität nachzuweisen. Was beim Besuch der Verwaltung per Pass oder ID erfolgt, funktioniert online über elektronische Identifizierungsmittel (eID). Zurzeit wird auf Bundesebene nach einer Lösung gesucht. Wann diese vorliegen wird, ist offen und hängt von politischen Entscheidungen ab. Beabsichtigt ist, bis 2020 eine Lösung einzuführen.

Rechnungen

E-Rechnungen sollen Zahlungen an die Verwaltung vereinfachen. Dabei werden alle notwendigen Daten auf elektronischem Weg vom Rechnungssteller zum Rechnungsempfänger übermittelt. Dieser papierlose Vorgang ermöglicht dem Nutzer, die Informationen weiterzuverarbeiten, ohne sie manuell in das Buchhaltungssystem oder ins E-Banking eingeben zu müssen. Diese Art von Rechnungen verschicken einige Aargauer Gemeinden bereits jetzt – weitere dürften dem Beispiel folgen.